

JU

JUNGE UNION
NORDRHEIN-WESTFALEN

49. **JU** NRW-Tag

Die Zukunft trägt
Deine Handschrift

Generation JU

DEINE STADT. DEINE HEIMAT. DEIN EUROPA.

29. März 2014 in Paderborn
#nrwtage49

**„Junge Union NRW lehnt die abschlagsfreie
Rente mit 63 ab“**

**Aktueller Beschluss zum 49. JU NRW-Tag
am 29. März in Paderborn**

„Junge Union NRW lehnt die abschlagsfreie Rente mit 63 ab“

Die so genannte abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte ist neben der Mütterrente im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vereinbart worden. Das Rentenpaket befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung und soll zum 01. Juli in Kraft treten. Auch wenn die Große Koalition über eine breite parlamentarische Mehrheit verfügt, ist es noch nicht zu spät, ein deutliches Signal für eine generationengerechte Politik zu setzen und Änderungen einzufordern.

Das Rentenpaket der Bundesregierung kostet allein bis zum Jahr 2030 nach Berechnungen der Bundesregierung 160 Mrd. Euro, andere schätzen sogar bis zu 233 Mrd. Euro¹. Dies trifft in erster Linie die Beitragszahler, also allen voran die junge Generation. Die Reform ist angesichts der dramatischen demografischen Entwicklung ein Schritt in die falsche Richtung. Während 1991 noch über vier Arbeitnehmer auf einen Rentner kamen, waren es 2008 nur noch etwa drei. Im Jahr 2030 werden weniger als zwei Arbeitnehmer für einen Rentner aufkommen müssen. Die ohnehin vorprogrammierten Mehrbelastungen werden durch die Rentenpläne der Großen Koalition noch einmal deutlich verschärft. Bedenkt man, dass schon heute viele junge Menschen eine Familiengründung als finanzielles Existenzrisiko betrachten, droht ein demografischer Teufelskreis.

Die abschlagsfreie Rente mit 63 ist faktisch der Eintritt in eine neue Welle der Frühverrentung mit 61 Jahren, da für langjährig Versicherte die Möglichkeit besteht, zwei Jahre vor dem Rentenantritt Arbeitslosengeld I zu beziehen und auch diese Phase der Erwerbslosigkeit für den früheren Rentenantritt als Arbeitszeit anerkannt werden soll. Aus unserer Sicht sollten keine Zeiten der Erwerbslosigkeit berücksichtigt werden.

Das Rentenpaket ist auf Dauer nicht ohne Beitrags- und Steuererhöhungen zu finanzieren. Im Gesetzesentwurf sind für die nächsten 15 Jahre jährliche Mehrausgaben von nur zwei Mrd. Euro angesetzt. Dies ist eine politisch begründete Zahl, die von der Mehrheit der Experten als vollkommen unrealistisch bewertet wird. Im Übrigen sind die Beitragszahler schon in 2014 zur

¹ Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, abrufbar unter <http://www.insm.de/insm/kampagne/generationengerechtigkeit/rentenpaket.html>

Finanzierung des Rentenpakets um eine Beitragssenkung gebracht worden. Hier muss sich Politik endlich ehrlich machen.

Die Senkung des Renteneintrittsalters ist keine Wohltat an der älteren Generation, sondern sie verschärft die Problematik der Altersarmut. Denn die Kosten werden neben dem Verfrühstücken der Rücklagen der Rentenkasse sowie Steuer- und Beitragserhöhungen zu einem Drittel auch durch alle heutigen und künftigen Rentner selbst getragen. Da der Beitragssatz zur Rente anders als eigentlich vorgesehen nicht gesenkt wurde, führt dies im Gegenzug aufgrund der komplexen Rentenformel in 2015 zu einem um 0,8 Prozentpunkte und damit deutlich reduzierten Rentenanstieg, das Rentenniveau sinkt damit zwangsläufig. Vor allem gut verdienende Facharbeiter werden von der Rente mit 63 profitieren, alle anderen und vor allem Geringverdiener schauen dagegen in die Röhre.

Die abschlagsfreie Rente mit 63 ist ein fatales Signal an unsere europäischen Partner. Deutschland steht wie kein zweites Land für eine Politik der Wettbewerbsfähigkeit und der Strukturreformen als Antwort auf die Staatsschuldenkrise und wirbt dafür seit Jahren in anderen EU- Mitgliedsstaaten. Unser Land verspielt seine Glaubwürdigkeit, wenn wir neue ungedeckte Wohltaten versprechen, zugleich aber Reformen von unseren Partnern einfordern.

Zudem fehlt aus unserer Sicht beim vorgelegten Rentenpaket ein wichtiger Aspekt: Der Koalitionsvertrag sieht aus gutem Grund vor, den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu verbessern. Denn immer mehr Menschen wollen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus in ihrem Job weiterarbeiten. Dazu zählt in einem ersten Schritt, die bestehenden Hürden für eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter zu beseitigen. Arbeitsrechtliche Probleme und Hindernisse in der Renten- und Arbeitslosenversicherung sollten dem einvernehmlichen Wunsch des Arbeitgebers und Arbeitnehmers, ein Beschäftigungsverhältnis nach Erreichen der Regelaltersgrenze aufrecht zu erhalten, nicht im Wege stehen. Auch hier muss die Koalition zügig handeln.

Die vorgesehene Senkung des Renteneintrittsalters für ausgewählte Gruppen steht diametral zu einem der wichtigsten Anliegen der Jungen Union: einer generationengerechten Politik. Gemeinsam mit unseren Abgeordneten im Deutschen Bundestag wollen wir für unsere Positionen streiten, der jungen Generation eine Stimme geben und konkrete Änderungen an dem geplanten Rentenpaket erreichen.